



Mandela – ein Held für die Ewigkeit

Mit einer bewegenden Trauerfeier wurde in Johannesburg unter großer Anteilnahme das Lebenswerk von Nelson Mandela gewürdigt. **Seite 2**

Foto: AFP/Ugarte

Unmut über NSA

Es wird Zeit für Widerstand, meinen Christian Ströbele und Ilja Trojanow.

Seiten 5 und 14

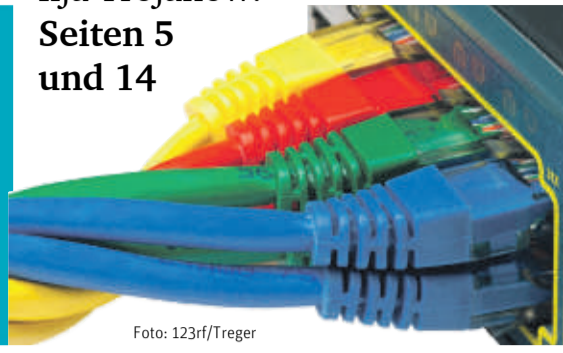


Foto: 123rf/Treger

Berlinausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 11. Dezember 2013

68. Jahrgang/Nr. 288

STANDPUNKT Konsequente Verweigerung

Haidy Damm über das Urteil zur Leiharbeit

Nach den letzten Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichtes lag eine gewisse Erwartung in der Luft, die höchsten Arbeitsrichter würden wieder zu Gunsten der Leiharbeiter entscheiden. Die Enttäuschung auf Seiten des Klägers und der Gewerkschaften ist daher mehr als verständlich. Dennoch ist die Haltung der Erfurter Richter konsequent. Sie haben erneut nicht darüber entschieden, welchen Zeitraum ein Leiharbeitsverhältnis hat. Denn das sei ebenso Sache des Gesetzgebers wie die Möglichkeit von Sanktionen.

Tatsächlich hat die Bundesregierung den schwammigen Begriff »vorübergehend« bewusst eingeführt und auch die Sanktionen nicht aus Schusseligkeit vergessen. Es ist also nicht die Aufgabe eines Gerichtes, diesen Zeitraum konkret festzulegen und damit bewusste Versäumnisse auszubügeln. Denn die Liberalisierung der Leiharbeit 2003 wie auch die Reform vor zwei Jahren kamen den Arbeitgebern entgegen, die von Beginn an die geschaffenen Lücken ebenso nutzten wie längst die neuen Möglichkeiten der Ausbeutung durch Werkverträge.

Abhilfe schaffen kann tatsächlich nur eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfte, die solche Arbeitsverhältnisse grundsätzlich angreift. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene gesetzliche Begrenzung einer Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten ist ein minimaler Schritt – wann sie umgesetzt wird, ist unklar. Auch Schwarz-Rot handelt nicht im Interesse der Leiharbeiter. Und das wollten die Erfurter Richter nicht ausbügeln.

UNTEN LINKS

Seine **Bewunderer** kann man sich nicht aussuchen. Einerseits. Andererseits, lieber Sigmar Gabriel, wird sich der Herr Arbeitgeberpräsident Gesamtmetall ja auch etwas dabei gedacht haben, als er mal eben den Vorsitzenden der Sozialdemokraten zu seinem Wunschsuperminister kürte. »Der größte Korrekturbedarf benötigt den stärksten Mann«, hat der Lobbyist verlauten lassen. Und nun fragen sich viele SPD-Mitglieder, was für einen Korrekturbedarf ein Verband gemeint haben könnte, dessen Motto lautet: »Hier schlägt das Herz der Wirtschaft.« Üblicherweise kreischen Kapital und Co. ja schon »Sozialismus!«, wenn mal jemand daran erinnert, dass unter dem Komunisten Kohl Leute wie der Arbeitgeberpräsident Gesamtmetall ein paar Mark mehr Steuern zahlen mussten. Was nur könnte es also sein, für das Sie, lieber Sigmar Gabriel, bei der Ausbeutungsabteilung Gesamtmetall in den Ruf »eines durchsetzungsfähigen Mannes« geraten sind? *tos*

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK
ISSN 0323-4940



Leerstellen in der Mordstatistik

Hunderte womöglich rechte Gewalttaten werden überprüft – Spuren zweier Fälle



Tatortermittlungen: Die reinen Fakten sind oft einfacher zu verstehen als die Motive für Verbrechen.

Foto: fotolia/Bernd Libbach

Berlin. Bundeskriminalamt und Länderpolizeien untersuchten seit dem Auffliegen der rechten Terrornetzwerks NSU im Jahre 2011 rund 3300 seit der Wende begangene Tötungsdelikte und Tötungsversuche, bei denen keine Verdächtigen ermittelt werden konnten. Ziel der Untersuchung ist es, bisher unentdeckte Opfer rechter Gewalt zu finden. In immerhin 746 Fällen ergaben sich Anhaltspunkte »für eine mögliche politisch rechte Tatmotivation«, wie letzte Woche bekannt wurde.

Offiziell geht der Staat derzeit von 63 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 aus. Die höchste Zahl, die von einer unabhängigen Initiative genannt wird, liegt dagegen bei 184.

Leiharbeit bleibt unbegrenzt

Drei Jahre Zeitarbeit: Bundesarbeitsgericht kippt Klage von Beschäftigtem auf Festanstellung

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hat der Revision zweier Arbeitgeber zur Leiharbeit stattgegeben. Gewerkschaften sind enttäuscht.

Von Haidy Damm

Leiharbeiter können bei Unternehmen, an die sie ausgeliehen wurden, selbst dann nicht auf eine Festanstellung klagen, wenn sie länger als nur vorübergehend beim Entleiher eingesetzt werden. Dies entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) am Dienstag in Erfurt und hob damit eine gegenteilige Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Baden-Württemberg auf. (Az: 9 AZR 51/13)

Auf dem Prüfstand stand die Reform des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes von Ende 2011, nach der der Einsatz von Leiharbeitern nur noch »vorübergehend« erfolgen darf. Damit hatte die Bundesregierung versucht, den nach der Liberalisierung durch

Rot-Grün 2003 um sich greifenden Dauereinsatz von Leiharbeitern einzudämmen. Im konkreten Fall hatte ein IT-Berater vor dem Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg auf Festanstellung geklagt, nachdem er von 2008 bis 2011 als Leiharbeiter in einer Klinik im Landkreis Lörrach eingesetzt war.

Das Leiharbeitsunternehmen Data Med ist eine Tochterfirma des Landkreises und verleiht ihre rund 450 Beschäftigten an die Eigenbetriebe des Landkreises wie Kliniken und Heime. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di kritisiert, dass Lörrach damit die Tarife im Öffentlichen Dienst umgeht. Der Kläger hatte in seiner Begründung vorgetragen, dass die Data Med eine verbotene Arbeitnehmerüberlassung betreibt und als »Scheinverleiherin« eine »Strohfrau« der Klinik sei. Die Kammer Freiburg des Landesarbeitsgerichtes hatte dem IT-Berater Recht gegeben, aber aus-

drücklich auf die höchste Instanz in Erfurt verwiesen. Diese entschied nun, dass der Leiharbeitsbetrieb grundsätzlich die Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung

»Der Gesetzgeber muss eine maximale Einsatzdauer für Leihbeschäftigte festlegen.«

Detlef Wetzel, IG Metall

hatte und deshalb der Leiharbeiter kein Recht auf eine Festanstellung in der Klinik habe.

Regelungen über die Dauer eines Einsatzes seien in der entsprechenden EU-Richtlinie den Mitgliedstaaten überlassen worden – Deutschland habe keine getroffen. »Angesichts der Vielzahl möglicher Sanktionen obliegt deren Auswahl dem Gesetzgeber und

sistische Angriffe, aber auch Attacken auf Homosexuelle oder Obdachlose nicht als »politisch motiviert« betrachtet werden.

Die Fälle, die aus der amtlichen Statistik fallen, können sehr unterschiedlich sein. Da sind etwa Fälle wie der des 27-jährigen Sven M., der selbst der rechten Szene nahestanden haben soll. 2010 wurde er in einem Lokal erstochen. Ein politischer Fall? Oder jene drei Dortmunder Polizisten, die im Jahr 2000 von einem bekannten Rechtsradikalen scheinbar grundlos erschossen wurden – wirklich grundlos? Auch dieser Fall wird nun wieder untersucht. *nd/vs*

Seite 3

Krisengespräche in der Ukraine

Demonstranten freigelassen / Delegation zur EU nach Brüssel

Kiew. Eine Rückkehr zum Dialog als Ausweg aus der Krise versuchten am Dienstag in der ukrainischen Hauptstadt Präsident Viktor Janukowitsch und seine drei Amtsvorgänger. Beim Treffen mit Viktor Juschtschenko, Leonid Kutschma und Leonid Krawtschuk kündigte Janukowitsch eine Freilassung von Demonstranten am gleichen Tage und die Entsendung einer Delegation nach Brüssel am Mittwoch an. Sie soll Verhandlungen über eine Assoziation der Ukraine mit der EU weiterführen. In Moskau wird derzeit über den Gaspreis und »strategische Fragen« gesprochen. »Die EU kann ruhig schlafen, wenn die Ukraine normale Beziehungen zu Russland unterhält«, versicherte Janukowitsch. Das Präsidententreffen sollte der Beginn von Beratungen an einem nationalen Runden Tisch sein. Nach Irritationen über Einladungen an die Opposition könnte das Gremium am Mittwoch zusammentreten.

Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton traf sich am Abend mit Präsident Janukowitsch. Sie verfolge »beunruhigt« die Informationen, nach denen die Polizei den »Sitz der größten Oppositionspartei erstürmt« habe, sagte sie zuvor. US-Vizepräsident Joe Biden forderte den ukrainischen Präsidenten zum Dialog mit der Opposition auf und zeigte sich in einem Telefonat besorgt über die Lage im Land. Die USA unterstützen das Streben der Ukraine nach Europa und begrüßten, dass Janukowitsch den Weg weiter beschreiten wolle. Die Europa-Abteilungsleiterin im US-Außenministerium, Victoria Nuland, traf sich in Kiew mit den drei Oppositionsführern Jazenjuk, Vitali Klitschko (UDAR) und dem Rechtsextremisten Oleg Tiagnibok (Swoboda). Am Mittwoch will der französische Außenminister Laurent Fabius Klitschko treffen. Etwa 200 Menschen protestierten vor der EU-Vertretung gegen eine »Einmischung« der Europäischen Union.

In der Nacht zu Dienstag waren im Kiewer Regierungsviertel Barrikaden beseitigt worden. Es gab ein Dutzend Verletzte. Der Tag verlief weitgehend ruhig. Auf dem Unabhängigkeitsplatz demonstrierten 2000 Menschen. *nd/Agenturen* **Seiten 4 und 7**

KURZ

C-Waffen-Vernichtung ab Januar

Oslo. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) geht davon aus, dass die Zerstörung des syrischen Giftgasarsenals auf einem US-Spezialschiff im Januar beginnen kann. Dies sagte OPCW-Generaldirektor Ahmet Üzümcü gegenüber AFP in Oslo, wo die Organisation am Dienstag den Friedensnobelpreis erhielt. *AFP/nd*

Flüchtlinge gerettet

Rom. Die italienische Marine und die Küstenwache haben im Mittelmeer südlich von Lampedusa innerhalb weniger Stunden mehr als 1200 Migranten gerettet, darunter 65 Kinder. Die Menschen waren auf sechs kaum seetüchtigen Schlauch- und Holzbooten unterwegs, wie die Marine am Dienstag mitteilte. *dpa/nd*

Lesen Sie heute im Ratgeber

Arbeitsrecht
Wenn nach Aufhebungsvertrag eine Abfindung gezahlt wird

Mietrecht
Hunde und Katzen nicht verboten

Verbraucherschutz
Zum Anti-Abzocke-Gesetz